



Nr. 2017/19/7

Drucksache 18/0693

Abgeordnetenhaus B E R L I N

– 18. Wahlperiode –

Gemäß Beschlussprotokoll über die 19. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 14. Dezember 2017 hat das Abgeordnetenhaus folgenden Beschluss gefasst:

Rehabilitierung und Ausgleich für in der DDR erlittene Verfolgung und Benachteiligung

Der Senat wird aufgefordert, eine oder mehrere Bundesratsinitiativen zur Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze und des Bundesversorgungsgesetzes auf den Weg zu bringen.

Dabei geht es konkret um folgende Ziele:

- Anpassung der Opferrente und der Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG an die Inflation,
- Erweiterung der Ausgleichsleistungen für verfolgte Schüler nach §8 BerRehaG,
- Ausweitung der Ausgleichsleistungen für Opfer von Zersetzungsmassnahmen des MfS analog dem § 8 BerRehaG,
- Beweiserleichterung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von politischer Verfolgung,
- Streichung der Frist für das Auslaufen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis Ende Dezember 2017 zu berichten.

Für die Richtigkeit:
Berlin, den 14. Dezember 2017

W a g n e r